

Protokollnotiz Nr. 4

zum Vertrag über die ärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Polizeibeamten im Freistaat Sachsen zwischen dem Freistaat Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium des Innern in Dresden, und der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, Körperschaft des öffentlichen Rechts,

vom 9. April 1992

Das Sächsische Staatsministerium des Innern und die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen, K. d. ö. R., vereinbaren zum „Vertrag über die ärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Polizeibeamten im Freistaat Sachsen (Anspruchsberechtigte)...“ (i. d. F. vom 09.04.1992) unter Bezugnahme auf § 75 Abs. 3 Satz 1 SGB V i. V. m. § 2 Abs. 2 der Sächsischen Heilfürsorgeverordnung (SächsHfVO) vom 23. März 2000, rechtsbereinigt mit Stand vom 28. April 2007, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2008 die folgende Änderung:

§ 8 Abs. 8 wird wie folgt neu gefasst:

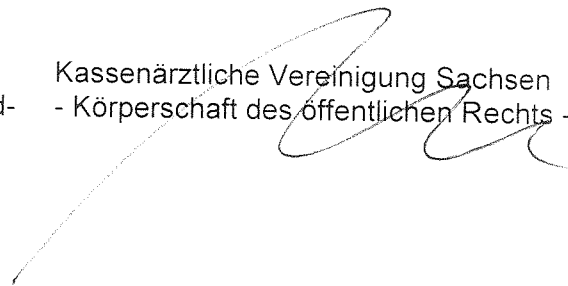
„Die Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen leistet der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen mit jeder Honorarabrechnung die Zahlung einer Organisationspauschale in Höhe von 0,3 % des Gesamthonorars (Belege, Ausschüsse, Kommissionen, Anlieferung, Porto etc.).“

Dresden, den 19. Feb. 2008

Dresden, den 12. März 2008



Sächsisches Staatsministerium des Innern
Abteilung 3 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Landespolizeipräsidium -



Kassenärztliche Vereinigung Sachsen
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -